

„Bildungsinnovation braucht Bildungsforschung“ - Initiative zur Förderung der kooperativen Doktoratsausbildung zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen

Richtlinien für die Einreichung von Vorhaben

Wien, 8. August 2024

| | |
|---|-----------|
| 1 Geltungsbereich | 3 |
| 2 Rechtsgrundlagen und Standards der wissenschaftlichen Integrität | 3 |
| 3 Gegenstand, Dauer, Art und Höhe der Finanzierung..... | 4 |
| 3.1 Gegenstand der Finanzierung..... | 4 |
| 3.2 Finanzierung | 4 |
| 3.3 Dauer der Finanzierung | 4 |
| 3.4 Art und Höhe der Finanzierung | 5 |
| 4 Finanzierungsvoraussetzungen | 5 |
| 4.1 Befähigung..... | 5 |
| 4.2 Gesamtfinanzierung..... | 6 |
| 5 Erbringung der Verwendungsnachweise | 6 |
| 5.1 Startbericht..... | 6 |
| 5.2 Zwischenbericht..... | 6 |
| 5.3 Endbericht..... | 7 |
| 5.4 Finale Kostenabrechnung | 7 |
| 6 Antragsberechtigt | 8 |
| 6.1 Konsortium | 8 |
| 6.1.1 Konsortiumslead..... | 9 |
| 6.1.2 Konsortiums-Koordinator bzw. -Koordinatorin (je Konsortiumspartnerin bzw. -partner) | 9 |
| 6.1.3 Konsortiums-Mitglied | 9 |
| 7 Finanzier- bzw. beantragbare Kosten | 9 |
| 7.1 Finanzier- bzw. beantragbare Kosten..... | 9 |
| 7.2 Universitäten nach UG 2002, vom BMBWF finanziert: | 10 |
| 7.3 Pädagogische Hochschulen nach HG 2005, vom BMBWF finanziert: | 10 |
| 8 Antragsbearbeitung | 11 |
| 8.1 Expertinnen- und Experten-Gremium und Begutachtungsverfahren..... | 11 |
| 8.2 Prüfung der Voraussetzungen und Auswahlverfahren | 11 |
| 8.3 Finanzierungsentscheidung..... | 11 |
| 9 Regeln guter wissenschaftlicher Praxis | 12 |
| 10 Geltungsdauer | 12 |

1 Geltungsbereich

Die Antragsrichtlinien bilden den grundsätzlichen Rahmen für die Ausschreibung zur Initiative „Bildungsinnovation braucht Bildungsforschung“. Programmspezifische Eigenheiten sind in der Ausschreibung definiert.

2 Rechtsgrundlagen und Standards der wissenschaftlichen Integrität

Die gegenständliche Richtlinie wird auf Basis der folgenden rechtlichen Grundlagen erlassen:

- Universitätsgesetz (UG) 2002 i.d.g.F.
- Hochschulgesetz (HG) 2005 i.d.g.F.

Die Finanzierung wird nur schriftlich und mit solchen Auflagen und Bedingungen gewährt, die der Eigenart der zu finanzierenden Leistung entsprechen und überdies sicherstellen, dass Bundesmittel nur in dem zur Erreichung des angestrebten Erfolges unumgänglich notwendigen Umfang eingesetzt werden.

Auf die Zuerkennung der Mittel besteht weder dem Grund noch der Höhe nach ein subjektiver Rechtsanspruch. Die Entscheidung über die Bereitstellung von Mitteln trifft die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung nach Abschluss des Begutachtungsverfahrens.

Die Antragstellenden sind verpflichtet, die für die Initiative „Bildungsinnovation braucht Bildungsforschung“ gültigen Rechts- und Sicherheitsvorschriften (z.B. Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz) einzuhalten und alle notwendigen Genehmigungen (z. B. durch die Ethikkommission etc.) einzuholen.

Allgemeine aktuelle Standards der gegenständlichen wissenschaftlichen Disziplinen bezüglich guter wissenschaftlicher Praxis sind bei Antragstellung und Projektdurchführung neben allgemein einzuhaltenden Standards auf jeden Fall zu berücksichtigen. Diese beinhalten auf jeden Fall:

- Bundesgesetz über allgemeine Angelegenheiten gemäß Art. 89 DSGVO und die Forschungsorganisation (Forschungsorganisationsgesetz – FOG), BGBl. Nr. 341/1981, i. d. F. BGBl. I Nr. 75/2020,
- EU-Rechtskonformität: Die Finanzierung im Rahmen der gegenständlichen Initiative dienen der Finanzierung des nichtwirtschaftlichen Tätigkeitsbereiches der Förderungswerberin bzw. des Förderungswerbers und sind daher nicht als staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 107 Abs. 1 AEUV zu qualifizieren.

3 Gegenstand, Dauer, Art und Höhe der Finanzierung

3.1 Gegenstand der Finanzierung

Finanziert werden der **Aufbau und die Durchführung** von **qualitativ hochwertig strukturierten Doktoratsprogrammen**, die von mindestens einer **Universität und** mindestens einer **Pädagogischen Hochschule gemeinsam eingereicht und getragen** werden.

Strukturierte Doktoratsprogramme sind in einem fokussierten und konsistenten Forschungsrahmen eingebettet und erfordern das Vorhandensein von Verfahren bzw. Strukturen und Verbindlichkeiten, die die Qualität der Forschung sichern und eine optimale und adäquate wissenschaftliche oder künstlerisch-wissenschaftliche Begleitung der Doktorandinnen und Doktoranden gewährleisten. Mindeststandards der Strukturierung wie Betreuungszusage, Dissertationsvereinbarung, Fortschrittsberichte, Beratung und Begleitung durch ein Team, personelle Trennung von Betreuung bzw. Begleitung der Dissertation und deren Beurteilung sind damit verpflichtend.

3.2 Finanzierung

Die Finanzierung wird nur gewährt, wenn alle Konsortiumspartnerinnen und -partner sich verpflichten, im Falle des Eintritts eines Rückzahlungsgrundes, die Rückzahlung der Mittel in Höhe der erhaltenen Mittel zu übernehmen.

Mit allen im Konsortium vertretenen Forschungsstätten (Konsortiumspartnerinnen und -partner) sind schriftliche Vereinbarungen abzuschließen.

Regelungen zu Kompetenzenverteilung sind konsortiumsintern festzulegen (u.a. Implementierung von Prozessen der Entscheidungsfindung und zum Umgang mit finanziellen, personellen und organisatorischen Aspekten).

3.3 Dauer der Finanzierung

Die Laufzeit der Doktoratsprogramme ist für **drei Jahre** vorgesehen. In begründeten Fällen, wie z. B. unvorhergesehene Verzögerungen, kann die Laufzeit der Projekte verlängert werden, sofern keine zusätzlichen förderbaren Kosten anfallen. Ein Ansuchen um kostenneutrale Verlängerung samt einer detaillierten Begründung ist im BMBWF einzubringen.

3.4 Art und Höhe der Finanzierung

Die beantragten Kosten (Details dazu in Kap. 7) dürfen **max. 1.150.000 Euro pro Konsortium** betragen, wobei grundsätzlich die Mittel zu 50 Prozent für Pädagogische Hochschulen und zu 50 Prozent für Universitäten zur Verfügung stehen. Die Mittel sollen daher innerhalb des Konsortiums annähernd gleichverteilt zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten werden.

4 Finanzierungsvoraussetzungen

4.1 Befähigung

Die Finanzierung wird nur gewährt, wenn die Planung des Projektes und die entsprechenden Angaben im Ansuchen eine erfolgreiche Projektumsetzung erwarten lassen. Die Durchführung der Leistung muss unter Berücksichtigung der Bundesmittel finanziell gesichert erscheinen.

Des Weiteren wird eine Finanzierung nur gewährt, wenn aufgrund der Angaben und Nachweise im Ansuchen und mangels gegenteiliger Hinweise

- von einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung ausgegangen werden kann,
- eine ordnungsgemäße Durchführung der geförderten Leistungen zu erwarten ist, insbesondere aufgrund der vorliegenden fachlichen, wirtschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen,
- kein gesetzlicher Ausschlussgrund vorliegt und
- keine sonstigen in der Richtlinie vorgesehenen Ausschlussgründe vorliegen.

Die Anträge zu den kooperativen Doktoratsprogrammen werden von den beteiligten Hochschulpartnerinnen und -partnern zusammen als Konsortium eingereicht, erarbeitet und umgesetzt, wobei jede Hochschule ihre spezifischen Fachkenntnisse und kulturellen Spezifika einbringt und die Qualität der angebotenen Doktoratsausbildung gemeinsam gesichert wird.

Alle Vorgaben des Doktoratsprogramms müssen den studienrechtlichen Bestimmungen gemäß UG und den Satzungen der Universität entsprechen. Die Verleihung des akademischen Grades (PhD) erfolgt durch die beteiligte Universität.

Pädagogische Hochschulen und Universitäten treten gemeinschaftlich in einem Konsortium auf und beforschen gemeinsam bildungspolitisch relevante Fragestellungen anhand der in der Ausschreibung definierten Schwerpunktthemen.

Betreuungsteams (mit Personen an Pädagogische Hochschulen und Universitäten) mit Erst- und Co-Betreuenden sind von den einreichenden Konsortien festzulegen.

4.2 Gesamtfinanzierung

Die Durchführung des Projektes hat unter Berücksichtigung der genehmigten Mittel finanziell gesichert zu sein. Dies ist durch die Unterlagen (u.a. Kostenplan) im Rahmen der Einreichung nachzuweisen (siehe Punkt 7.1.).

5 Erbringung der Verwendungsnachweise

Die Konsortien sind verpflichtet, spätestens **zwei Monate nach Genehmigung des Antrages** einen Startbericht, nach der Hälfte der Laufzeit einen kurzen Zwischenbericht sowie einen Monat nach Abschluss des Programms einen Endbericht vorzulegen, jeweils bestehend aus einem Sachbericht und im Falle des Endberichtes auch aus einem zahlenmäßigen Nachweis für die verwendeten Mittel.

Aus dem Sachbericht muss Folgendes hervorgehen:

- a) die Verwendung der aus Bundesmitteln gewährten Finanzierung,
- b) der nachweisliche Bericht über die Durchführung der Leistung,
- c) der dadurch erzielte Erfolg.

Die Sachberichte sind in deutscher Sprache zu verfassen und haben jedenfalls zu beinhalten:

5.1 Startbericht

Ein Gesamtdokument bestehend aus folgenden Kapiteln:

- kurzer Bericht über die Durchführung und Ergebnisse eines Kick-offs
- Aufstellung der Doktorandinnen und Doktoranden mit Kurzdarstellung der Dissertationsthemen
- geplante Verwendung der Bundesmittel
- Webpräsentation: Links zur eigenen Projektwebseite sowie zu den Projektbeschreibungen auf den Webseiten aller beteiligter Konsortiumspartnerinnen und -partner

5.2 Zwischenbericht

- Status zum Fortschritt der Dissertationsvorhaben

5.3 Endbericht

Ein Gesamtdokument bestehend aus folgenden Kapiteln:

- Kurzbericht zu Struktur, Ablauf und Organisation des Doktoratsprogramms
- Summary zu den Dissertationsthemen
- Gegebenenfalls Auflistung und Verlinkung zu bereits publizierten Beiträgen von Doktoranden und Doktorandinnen bzw. dem Betreuungs-Team oder Manuskripte für eingereichte, aber noch nicht veröffentlichte Publikationen in Fachzeitschriften
- Vorschau auf geplante Vorhaben zur längerfristigen Zusammenarbeit der Konsortiumspartnerinnen und -partner
- Gegebenenfalls Beschreibung des Mehrwerts der gemeinsamen Maßnahmen für Doktorandinnen und Doktoranden und Betreuungs-Team
- Beschreibung des Mehrwerts des Doktoratsprogramms
- Vorschau auf geplante Vorhaben zur längerfristigen Zusammenarbeit der Konsortiumspartnerinnen und -partner
- Zusammenstellung von Disseminationsaktivitäten und Medienberichten
- Fazit und Lessons Learnt

Vorlagen werden vom BMBWF zur Verfügung gestellt.

5.4 Finale Kostenabrechnung

Der **zahlenmäßige Nachweis** hat eine Aufgliederung aller mit der geförderten Leistung zusammenhängenden Einnahmen und Ausgaben zu umfassen (Gliederung analog des Kostenplanes im Antrag). Die im zahlenmäßigen Nachweis angeführten Einnahmen und Ausgaben müssen durch Originalbelege nachweisbar sein, welche vom BMBWF im Rahmen von Kontrollen auch angefordert werden können. Die Übermittlung von Belegen kann grundsätzlich auch in elektronischer Form (per Mail) erfolgen, wenn die vollständige, geordnete, inhaltsgleiche, urschriftgetreue und überprüfbare Wiedergabe gewährleistet ist und die Einsichtnahme in die Originalbelege oder deren nachträgliche Vorlage vorbehalten werden.

Hat die Finanzierungsnehmerin bzw. der Finanzierungsnehmer von einem anderen Rechtsträger finanzielle Mittel erhalten, so hat der zahlenmäßige Nachweis auch diese zu umfassen.

Wenn es zur Kontrolle erforderlich erscheint, kann der Nachweis aller Einnahmen und Ausgaben der Finanzierungsnehmerin bzw. des Finanzierungsnehmers – insbesondere durch Vorlage der Bilanzen – vorgesehen werden.

Die formale Prüfung der Berichte sowie die inhaltliche Prüfung des Start- und Zwischenberichtes erfolgen durch das BMBWF, die **inhaltliche Prüfung des Endberichtes durch internationale Gutachter und Gutachterinnen**. Die finanzielle Prüfung erfolgt durch das BMBWF.

Weitere Texte und Bilder zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit sind nach Bedarf auf Nachfrage dem BMBWF zu übermitteln. Die Berichte sind im Word-Format und als PDF-File zur Verfügung zu stellen. Im Sinne einer Open-Access-Policy werden die Endberichte bzw. einzelne Publikationen auf der Projektwebseite des BMBWF veröffentlicht.

6 Antragsberechtigt

Antragsberechtigt sind alle **öffentlichen und privaten Pädagogischen Hochschulen** gemäß Hochschulgesetz HG 2005 i.d.g.F, die aus **Mitteln des BMBWF** finanziert werden, sowie **alle Universitäten** nach Universitätsgesetz UG 2002.

6.1 Konsortium

Die Einreichung und Durchführung der Doktoratsprogramme erfolgt als **Konsortium**, bestehend aus mindestens einer österreichischen Pädagogischen Hochschule und mindestens einer österreichischen Universität. Der Antrag ist dabei auf max. **drei** geplante **Dissertationsvorhaben** von Seiten der **Universitäten** sowie **max. drei** geplante **Dissertationsvorhaben** von Seiten der **Pädagogischen Hochschulen** auszurichten.

Die Hauptbetreuung ist von einer wissenschaftlich tätigen Person von Seiten der Universitäten zu tragen (habilitiert bzw. äquivalent entsprechend der universitären Satzungen), eine Co-/Zweitbetreuung/-Beratung ist durch eine zweite Person mit Erfahrung in der Betreuung oder Mitbetreuung von Doktoranden und Doktorandinnen, der Begutachtung von Dissertationen oder durch ph1/PH1-Professoren und Professorinnen zu gewährleisten.¹

Folgende Rollen werden innerhalb des Konsortiums definiert:

¹ Hochschul-Professorinnen und -Professoren (ph1/PH1-Stellen) mit einer aufrechten Venia docendi an einer österreichischen Universität können auch die Hauptbetreuung übernehmen, wenn das Dissertationsvorhaben den universitären Regelungen entspricht. Dissertationsvorhaben an ausländischen Universitäten sind nicht möglich.

6.1.1 Konsortiumslead

Das Konsortium muss eine zu 100 Prozent in Österreich wissenschaftlich oder künstlerisch-wissenschaftlich tätige Person als Konsortiumslead des eingereichten Antrags einsetzen, die im Fall der Genehmigung als Ansprechperson im Rahmen des finanzierten Projektes fungiert. Da es sich um ein Kooperationsprojekt zwischen Universitäten gemäß UG und Pädagogischen Hochschulen gemäß HG handelt, ist auch eine Doppelleitung möglich.

6.1.2 Konsortiums-Koordinator bzw. -Koordinatorin (je Konsortiumspartnerin bzw. -partner)

Das hauptverantwortliche Konsortiums-Mitglied, Leitung für die Einreichung und Dauer der Durchführung des Doktoratsprogramms an einer Pädagogischen Hochschule oder an einer Universität (**es ist jeweils eine Person Koordinator bzw. Koordinatorin pro Konsortiumspartnerin bzw. -partner zu benennen**). Als Konsortiums-Koordinator bzw. -Koordinatorin ist eine zu 100 Prozent in Österreich tätige Person einzusetzen, die im Fall der Genehmigung die Leitung des Vorhabens institutionsintern übernimmt und das Vorhaben mit den anderen Konsortiums-Koordinatorinnen und -Koordinatoren abstimmt.

6.1.3 Konsortiums-Mitglied

Eine am Antrag beteiligte wissenschaftlich oder künstlerisch-wissenschaftlich tätige Person, Betreuungspersonen der Doktorandinnen und Doktoranden oder eine (mit-)durchführende Person des geförderten kooperativen Doktoratsprogramms. Das beantragte Doktoratsprogramm muss von **mindestens zwei** Konsortiums-Mitgliedern **von Seiten der Universitäten** und **mindestens zwei** Konsortiums-Mitgliedern **von Seiten der Pädagogischen Hochschulen** mit exzellenter wissenschaftlicher bzw. wissenschaftlich-professionsorientierter Qualifikation getragen werden, die die Vorgaben zur Betreuung/Co-Betreuung von Dissertationen erfüllen.

7 Finanzier- bzw. beantragbare Kosten

7.1 Finanzier- bzw. beantragbare Kosten

Finanzier- bzw. beantragbar sind ausschließlich projektspezifische Kosten, die zur Durchführung der Projekte benötigt werden.

Die Anstellung der Doktorandinnen und Doktoranden kann an Universitäten oder Pädagogischen Hochschulen erfolgen. Zusätzlich soll die Initiative auch bestehendem PH-Personal eine Teilnahme ermöglichen und damit einen Beitrag zur Stärkung der Personalentwicklung für das wissenschaftliche Personal an Pädagogischen Hochschulen

liefern. Die Mittel sollen innerhalb des Konsortiums annähernd gleichverteilt zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten werden.

Es sind **nur** die im Folgenden genannten Kostenkategorien im angegebenen Umfang je Konsortium beantragbar, die während des Umsetzungszeitraumes direkt, tatsächlich und zusätzlich zum herkömmlichen Betriebsaufwand entstehen:

7.2 Universitäten nach UG 2002, vom BMBWF finanziert:

- **Personalkosten** für max. **drei Doktorandinnen bzw. Doktoranden** gemäß den aktuellen Universitäts-Kollektivvertragssätzen mit einer 30h-Anstellung
- **Ausbildungskosten** (individuelle Kosten für die Ausbildung der **Doktorandinnen und Doktoranden** wie Auslandsaufenthalte, Reisekosten zu Konferenzen und Veranstaltungen) mit einem Maximalbetrag von 5.000 Euro pro Doktorandin bzw. Doktorand und Jahr
- **Allgemeine Projektkosten** (u.a. Verbrauchsmaterial, Publikationskosten, Reisekosten für die Konsortiums-Mitglieder und unvorhergesehene Ausgaben, KEINE Overhead-Kosten), die mit fünf Prozent der beantragten Mittel gedeckelt sind.

7.3 Pädagogische Hochschulen nach HG 2005, vom BMBWF finanziert:

- Personalkosten für max. **drei Doktorandinnen bzw. Doktoranden**: dafür stehen zwei **neu zu errichtende Planstellen - ph2-Stellen mit Widmung Assistenz** (in § 48e Abs. 7, § 48g, § 48h Abs. 7, § 48 I und § 48 o Abs. 2 VBG geregelt) zur Verfügung. Weiters ist die **Verwendung einer Vertrags-/Hochschul-Lehrperson** (ph2/ph3 bzw. PH2/PH3 mit Mindestanforderung Abschluss eines Master- oder Diplomstudiums sowie Reduktion der Lehrtätigkeit auf 5,33 SWS) möglich.
- Für **Ausbildungskosten** je **Doktorandin bzw. Doktorand** wird (für Auslandsaufenthalte, Reisekosten zu Konferenzen und Veranstaltungen) ein Maximalbetrag von 5.000 Euro pro **Doktorandin bzw. Doktorand** und Jahr zur Verfügung gestellt.
- **Allgemeine Projektkosten** (u.a. Verbrauchsmaterial, Publikationskosten, Reisekosten für die Konsortiums-Mitglieder und unvorhergesehene Ausgaben, KEINE Overhead-Kosten), die mit fünf Prozent der beantragten Mittel gedeckelt sind.

Allgemein kann die Lehrtätigkeit von Doktoranden und Doktorandinnen an Universitäten bei bis zu 2 Semesterwochenstunden (SWS) liegen, an Pädagogischen Hochschulen beträgt die Lehrtätigkeit 5,33 SWS.

8 Antragsbearbeitung

8.1 Expertinnen- und Experten-Gremium und Begutachtungsverfahren

Zur Unterstützung beim gesamten Begutachtungsverfahren wird im BMBWF eine Kommission unter Einbindung interner Expertinnen und Experten eingerichtet.

Die Begutachtung der eingereichten Anträge erfolgt durch internationale Gutachterinnen und Gutachter

Aufgabe der Kommission sowie der internen Expertinnen und Experten ist zum einen die Qualitätssicherung des Begutachtungsverfahrens und der Stellungnahme zu den Anträgen sowie andererseits die Formulierung abschließender Finanzierungsempfehlungen an die Bundesministerin bzw. den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung.

8.2 Prüfung der Voraussetzungen und Auswahlverfahren

Das Auswahlverfahren erfolgt in folgenden Schritten:

- Prüfung der formalen Vollständigkeit, Richtigkeit und Plausibilität der Ansuchen durch die Geschäftsstelle Bildungsforschung im BMBWF
- Begutachtung der Ansuchen: Prüfung der Finanzierungswürdigkeit laut vorgegebenen Kriterien (gemäß Anhang 1) sowie Beurteilung durch internationale Gutachterinnen und Gutachter
- Formulierung von Empfehlungen durch die Kommission des BMBWF basierend auf den internationalen Gutachten

Unvollständige Anträge gelten als ordnungsgemäß eingebracht, wenn die erforderlichen Angaben bzw. fehlenden Unterlagen innerhalb einer 10-tägigen Nachfrist nachgereicht werden.

Alle mit der Beurteilung und Kontrolle der Ansuchen beauftragten Personen unterliegen einem strengen Verschwiegenheitsgebot und unterzeichnen eine Erklärung, dass kein Interessenskonflikt vorliegt.

8.3 Finanzierungsentscheidung

Nach Abschluss des Begutachtungsverfahrens entscheidet die Bundesministerin bzw. der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung basierend auf den Begutachtungsergebnissen und den daraus abgeleiteten Empfehlungen der Kommission über die Finanzierungswürdigkeit eines Antrages.

Von den Entscheidungen werden die Antragstellenden schriftlich in Kenntnis gesetzt.

Ist die Gewährung einer Finanzierung beabsichtigt, schließt das BMBWF Finanzierungsvereinbarungen mit den Pädagogischen Hochschulen und eine LV-Ergänzung mit den öffentlichen Universitäten ab.

9 Regeln guter wissenschaftlicher Praxis

Die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (OeAWI) zur guten wissenschaftlichen Praxis sind einzuhalten.

Bei vermuteten Abweichungen von diesen Standards erfolgt eine Überprüfung durch die Ombudsstelle der zuständigen Forschungsstätte oder durch die OeAWI. Das BMBWF behält sich vor, bis zum Ergebnis dieser Überprüfungen antrags- bzw. projektbezogene Verfahren zum Teil oder zur Gänze auszusetzen.

10 Geltungsdauer

Diese Richtlinien gelten für die Finanzierung von Projekten im Rahmen der Initiative „Bildungsinnovation braucht Bildungsforschung“ und treten mit Beschluss der BMBWF-Kommission am 8. August 2024 in Kraft.